

ATTAC PADERBORN · ANKLAGESCHRIFT

Eigentum verpflichtet.

Doch was ist aus diesem Verfassungsauftrag geworden? In Deutschland wird Wohnen immer öfter zur Umverteilungsmaschine von unten nach oben. Immer mehr Menschen zahlen steigende Mieten, verzichten auf anderes Lebensnotwendiges und stehen schließlich bei den Tafeln an – in einem Land, das zu den wirtschaftlich stärksten der Welt gehört.

**„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der
Allgemeinheit dienen.“**

Artikel 14 Absatz 2 Grundgesetz

13,3 Mio.

Menschen armutsgefährdet

2025 lebten 16,1 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze.

1,5 Mio.

Menschen bei den Tafeln

Fast jede dritte Tafel kann keine neuen Kundinnen und Kunden aufnehmen.

Unsere Anklage

Wir erheben Anklage gegen eine Politik, die Eigentum schützt, aber seine soziale Verpflichtung vernachlässigt. Gegen einen Wohnungsmarkt, in dem die Miete für Millionen Menschen nicht mehr nur ein Kostenpunkt ist, sondern eine existenzielle Belastung. Gegen ein System, in dem Vermögen oben stabil bleibt, während unten die Spielräume schrumpfen.

Wer jeden Monat einen größeren Teil seines Einkommens an Vermieter, Immobilienkonzerne oder Kapitaleigentümer abführen muss, verliert nicht nur Geld. Er verliert Freiheit, Teilhabe und Sicherheit. Steigende Mieten wirken wie ein stiller Transfer von unten nach oben: aus den Portemonnaies der Mieterinnen und Mieter in die Vermögenssphären der Eigentümer.

Die Anklagepunkte im Einzelnen

Es geht nicht um Einzelfälle. Es geht um eine soziale Schieflage mit System.

1 Wohnen wird zur Umverteilung von unten nach oben

Deutschland ist ein **Mieterland**: 52,8 % der Bevölkerung lebten 2024 zur Miete – der höchste Wert in der EU. Genau deshalb trifft die Mietpreiskrise hier besonders hart. Bereits 2022 mussten Hauptmieterhaushalte im Durchschnitt 27,8 % ihres Einkommens für die Miete aufwenden. 3,1 Millionen Haushalte gaben sogar mehr als 40 % ihres Einkommens für die Miete aus, 1,5 Millionen Haushalte sogar mindestens die Hälfte.

Noch drastischer ist die Lage für Wohnungssuchende: In den sieben größten deutschen Städten stiegen die Mieten bei Neuverträgen seit 2013 um rund 75 %. Neue Mietverträge liegen im Schnitt 48 % über Bestandsmieten. Für das untere Einkommensquartil liegt die Mietbelastung bei Neuvermietungen in Großstädten inzwischen fast bei 50 %. Das ist keine soziale Marktwirtschaft mehr, sondern ein Verdrängungsmechanismus.

2 Armut wächst – mitten im Wohlstand

2025 waren in Deutschland rund **13,3 Millionen Menschen** armutsgefährdet. Das entspricht 16,1 % der Bevölkerung – mehr als im Vorjahr. Zugleich waren 21,2 % der Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. In einem wirtschaftlich so starken Land ist das kein Naturereignis, sondern Ausdruck politischer Prioritäten.

Wie eng die Luft für Menschen mit wenig Geld geworden ist, zeigen auch die Konsumausgaben: Haushalte mit weniger als 1 300 Euro monatlichem Nettoeinkommen mussten 2023 im Durchschnitt 64 % ihrer Konsumausgaben allein für **Lebensmittel und Wohnen** aufbringen. Wer so lebt, hat keinen Puffer. Jeder Mietsprung, jede Preissteigerung, jede Nachzahlung kann den Absturz auslösen.

3 Die Tafeln werden zum Reparaturbetrieb einer ungerechten Gesellschaft

Rund **1,5 Millionen Menschen** kommen regelmäßig zu den bundesweit über 970 Tafeln. Fast 30 % der Tafel-Kundinnen und -Kunden sind Kinder und Jugendliche, 18 % Rentnerinnen und Rentner. Gleichzeitig kann fast jede dritte Tafel keine neuen Menschen mehr aufnehmen; vielerorts gibt es Aufnahmestopps und Wartelisten.

Das ist ein sozialpolitischer Offenbarungseid. Tafeln sind Ausdruck solidarischen Engagements – aber sie dürfen nicht zum Dauerersatz für armutsfeste Löhne, bezahlbare Mieten und verlässliche soziale Sicherung werden. Wenn immer mehr Menschen in einem reichen Land auf Lebensmittelhilfe angewiesen sind, dann versagt nicht die Zivilgesellschaft. Dann versagt die Politik.

4 Reichtum bleibt oben – die Lasten landen unten

Deutschland zählt nach Wirtschaftsleistung zu den größten Volkswirtschaften der Welt. Zugleich bleibt die Vermögensungleichheit hoch: Die Bundesbank beschreibt sie ausdrücklich als „**weiterhin hoch**“; der Gini-Koeffizient des Nettovermögens lag 2023 bei 0,724. Immobilien- und Unternehmensbesitz korrelieren laut Bundesbank stark mit hohem Vermögen, während vermögensärmere Haushalte vor allem risikoarme Guthaben halten.

Genau darin liegt der Kern des Problems: Wer Eigentum an Wohnraum besitzt, profitiert von steigenden Mieten und wachsenden Vermögenswerten. Wer kein Eigentum hat, zahlt. So verfestigt sich Ungleichheit über Generationen – nicht trotz, sondern durch die Struktur des Wohnungsmarkts.

Unser Urteil

Eigentum wird in Deutschland zu oft behandelt, als sei es nur Privileg. Das Grundgesetz sagt etwas anderes: Eigentum ist an eine Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit gebunden. Wenn Mieten Menschen arm machen, wenn Tafeln überlaufen und wenn aus Wohnraum ein Renditeobjekt statt ein Grundbedürfnis wird, dann ist diese soziale Verpflichtung verletzt.

Eine demokratische Gesellschaft darf nicht hinnehmen, dass Menschen immer mehr arbeiten, sparen und verzichten – und am Ende doch an der Supermarktkasse, bei der

Nebenkostenabrechnung oder an der Tafel scheitern. **Wohnen ist keine Ware wie jede andere.** Wohnen ist Daseinsvorsorge.

Was jetzt getan werden muss

! **Mieten wirksam begrenzen** – durch einen echten Mietendeckel, strenge Regulierung von Neuvertragsmieten und besseren Schutz vor Verdrängung.

! **Bezahlbaren Wohnraum dauerhaft sichern** – durch neue Wohngemeinnützigkeit, längere Sozialbindungen und eine starke öffentliche sowie genossenschaftliche Wohnungswirtschaft.

! **Armut wirksam bekämpfen** – mit armutsfesten Löhnen, armutsfesten Renten und sozialen Sicherungssystemen, die den Namen verdienen.

! **Reichtum gerechter besteuern** – damit die Finanzierung des Gemeinwesens nicht weiter auf den Schultern derjenigen lastet, die ohnehin schon zu wenig haben.

! **Das Grundgesetz ernst nehmen** – Eigentum schützen, aber seine Sozialpflicht endlich durchsetzen.

Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben

Eigentum verpflichtet ist kein dekorativer Satz für Sonntagsreden. Es ist ein Verfassungsauftrag. Wer ihn ignoriert, gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Wer ihn ernst nimmt, muss Mieten begrenzen, Armut bekämpfen und Reichtum in die Pflicht nehmen.

Dafür steht Attac: für eine Gesellschaft, in der Wohnen kein Geschäftsmodell auf Kosten der Vielen ist – sondern ein Recht für alle.

Stand der eingearbeiteten Zahlen: März 2026.

Quellen und Faktenbasis

Die folgenden Quellen sind im Text verarbeitet und können in TYPO3 auf Wunsch auch gekürzt oder ausgeblendet werden.

1. [Grundgesetz, Artikel 14](#)
2. [Destatis: Deutschland ist Mieterland Nummer 1 in der EU](#)
3. [Destatis: Haushalte wendeten 2022 durchschnittlich 27,8 % ihres Einkommens für die Miete auf](#)
4. [ifo Institut: Wohnungsmieten werden zum Wachstumshindernis](#)
5. [Destatis: 16,1 % der Bevölkerung in Deutschland sind armutsgefährdet](#)
6. [Destatis: Haushalte mit geringem Einkommen geben über 60 % für Lebensmittel und Wohnen aus](#)
7. [Tafel Deutschland: Rund 1,5 Millionen Menschen kommen regelmäßig zu den Tafeln](#)
8. [Deutsche Bundesbank: Vermögen in Deutschland steigen nominal, Ungleichheit bleibt hoch](#)
9. [Destatis/IMF: Basistabelle Bruttoinlandsprodukt \(BIP\), jeweilige Preise](#)